



Regierungsratsbeschluss vom 31. Januar 2017

Interpellation Nr. 142 Nora Bertschi betreffend den aktuellen Stand der unterirdischen Unterbringung von Asylsuchenden in Zivilschutzanlagen; schriftliche Beantwortung

P165581

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Bei Vollbelegung des Empfangs- und Verfahrenszentrums Bässlergut kann der Bund mit der Anmietung von maximal zwei Zivilschutzanlagen des Kantons Basel-Stadt in Kleinhüningen kurzfristig zusätzliche Plätze für Asylsuchende schaffen. Von diesen vom Bund betriebenen Zivilschutzanlagen ist momentan noch eine in Betrieb, aber sehr tief belegt. Die vom Kanton temporär betriebenen Zivilschutzanlagen in der Grün80 und im St. Johann konnten per Ende Mai 2016 bzw. per Ende Oktober 2016 geschlossen werden. Der Kanton strebt grundsätzlich eine oberirdische Unterbringung aller Asylsuchenden an. Die Sozialhilfe prüft laufend gemeinsam mit Immobilien Basel-Stadt und dem Bau- und Verkehrsdepartement zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge.

